DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 20 ab Samstag, 19. September 2020 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck »Vereinsspende« bitte an KDW e.V./Lenz IBAN DE51 1001 1001 2625 2368 69

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben


London



Rom


Mumbai



Melbourne

EINE NEUE HOFFNUNG:

DIE DEMOKRATIE-BEWEGUNGEN ERHEBEN SICH

auf allen Kontinenten

Santiago de Chile

Montréal

Berlin

Bamako (Mali)

»Seid umschlungen, Millionen! Diesen Kuß der ganzen Welt!« Überall stehen die Menschen auf gegen den Griff zur Macht einer fanatischen Elite, die mittels »Corona« das Menschenrecht und Verfassungen bricht.

Demokalender Deutschland Seite 4 | unabhängiger Bericht aus Minsk Seite 6 | Gewerkschaft-Spezial Seiten 7 bis 12

Bester Dinge für die Republik: Eine Basisdemokratin unter Hunderttausenden am 29.8.2020 in Berlin. | Foto: Hannes Henkelmann, Bildband »Zwei Tage Berlin«

NICHTOHNEUNS.DE

Sommer der Demokratie – Aufklärung, Wahlen, Republik!

WEGBEREITER DER ZEITUNG

LAUDATIO ***Preis der Republik geht an Tommy Hansen (†), Journalist***



All der gesellschaftliche Unbill tat seiner Arbeit keinen Abbruch. Er hatte es kommen gesehen. Ein Medien-, Polit- und Konzernkartell arbeitet an der Zerstörung der Demokratie.

»Tommy Hansen ist ein investigativer Journalist aus dem Bilderbuch. Er hat die freie Presse als das verstanden, was sie ist: Das Immunsystem der Demokratie. Tommy Hansen, der zu Beginn seiner Karriere als Schriftsetzer arbeitete, stellt uns im Gespräch eine revolutionäre Idee vor, die wir hiermit unterstützen wollen.« So schrieb das freie Journalistenportal KenFM über Hansen im Jahr 2014.

Für die Demokratiebewegung ist er nicht wegen jeder einzelnen seiner Arbeiten so wichtig. Sondern weil er die Notwendigkeit einer freien gedruckten Zeitung kommen sah. Er plante einerseits, »die Printmedien auf ihrem Feld anzugreifen«. Das tat er mit dem libertär und humanistisch orientierten Magazin *Free21*.

Doch mehr noch nahm er vor seinem Tod 2018 mehrfach vorweg, dass der Moment entstehen könnte, in dem das Internet Zensurversuchen ausgesetzt werden würde und die Presselandschaft einer finalen autoritären de-facto-Gleichschaltung unterworfen würde — vollends zu einem Instrument wider die Demokratie und der Wissenschaft würde.

In einem solchen Moment seien die Menschen auf eine gedruckte Information angewiesen. Was einmal massenhaft gedruckt in der Welt sei, sei nicht mehr wegzubekommen. Und in Situationen des Autoritarismus die einzige Möglichkeit der Information jenseits des persönlichen Gespräches im sicheren Umfeld. Mit dem Corona-Regime war (und ist teilweise noch immer) ein solcher Zustand diktatorisch herbeigeführt worden. Es ist Zeit, einen wahren Journalisten zu ehren.

TOMMY HANSEN erhält postum den Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie. Der Preis der Republik wird seit 27. Juni 2020 verliehen vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Christine Lambrecht, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten.

Wir



Zum Geleit

EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Die- Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten?

Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in der gesamten Republik verbreiten. Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen verschiedener Couleurs. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns dies gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam feiern mit allen, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich auch politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE ZEITUNG?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Exemplaren und als E-Paper unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Repräsentation und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

* Spenden mit Verwendungszweck »Vereinsspende« gern an KDW/Lenz, IBAN DE51 1001 1001 2625 2368 69



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are liberals, publishers and journalists from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. – Please take into consideration; the current German government and the EU are not that what the may seem abroad. During Corona they have taken a pre-fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed and persecuted for are work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press, organizations and colleagues abroad. Thank you. – Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

DAS PASSIERT AM 2.10.2020

GROßDEMO IN BERLIN ***Kinder- und Familienfest mit verfassungspolitischen Implikationen.***

Ab 15 Uhr auf dem Platz der Republik — so gab die Demokratiebewegung »Nicht ohne uns!« in Berlin bekannt, werde es beginnen. Auf der Wiese vor dem Bundestag bekomme der »Sommer der Demokratie« einen weiteren Höhepunkt, sein vorläufiges Finale. Es wird ein langer Sommer für die Demokratiebewegung!

Am Vortag zum Tag der Deutschen Einheit wird — der Planung nach — ein Traktor mit großem Heuwagen vorgefahren. Dieser fungiert als Bühne. (Eventuell muss jedoch eine LKW-Bühne gebracht werden.) Für das Programm sind vorgesehen und eingeladen: Professor Giorgio Agamben, weltführender Philosoph zum Thema des Ausnahmezustandes, des Verfassungsbruches durch Regierungen und elaboriertester Kritiker des Corona-Regimes.

WIR HOLEN UNS UNSERE WÜRDE ZURÜCK!

Michael Ballweg (siehe Seite 4 im interview) und seine besten Kolleginnen und Kollegen von Querdenken kommen und sprechen. Ebenso Professorin Karina Reiß mit Professor Bhakdi, die mit »Corona — Fehlalarm?« den schulmedizinsichen Nachweis des Angriffs der Regierung auf die Bevölkerung geliefert haben. Ferner werden Captain Future, Anna Gamburg und Kolleginnen von der Berliner *Freedom Parade* teilnehmen. Es wird ein Fest im Schwarz der Tradition, dem Rot der Liebe und der Solidarität sowie dem Goldgelb der Freiheit — für 71 Jahre Demokratie nach Grundgesetz in Deutschland: Gestern, heute, morgen. — Wir erwarten Kinder im Alter von zwei bis sechs Jahren in dreistelliger Zahl auf dem Platz der Republik. Eine Hüpfburg, Eis und Getränke — sowie bei Bedarf ein Regenschirmverleih in den Farben unseres Landes — werden bereitgestellt.

Die Polizei unter der Führung der besserungswilligen Polizeipräsidentin Slowik sowie des hochproblematischen Innensators Geisel wird gebeten, in ihrer Ausgehuniform — dem Anlass entsprechend — zu erscheinen. Denn das Volk ist da und die Kinder sollen vom Anblick der schwarzen Kampfmonturen bitte verschont bleiben: Das sieht einfach wirklich abstoßend und unzivilisiert aus. Vielen Dank (Geisel, reißen Sie sich zusammen!).

Von 15 bis 17 Uhr — ein straff inhaltliches Programm mit Bühne! Festlichkeit und Lockerheit von 17 bis 20 Uhr. Dann ab 20 Uhr: Der große Aufzug durch die Stadt, hin zum Rosa-Luxemburg-Platz, wo am 28. März die Demokratiebewegung begann. Dort erwartet uns eine Kapelle emeritierter Militärmusiker: Wir singen die dritte Strophe der Nationalhymne, dann den Text der DDR-Hymne zur Haydn-Partitur und schließlich wieder die dritte Strophe. Zum Abschluss: Jazz! — Das Wochenende wird freundlich, friedlich und feierlich, so, wie wir alle es gestalten.

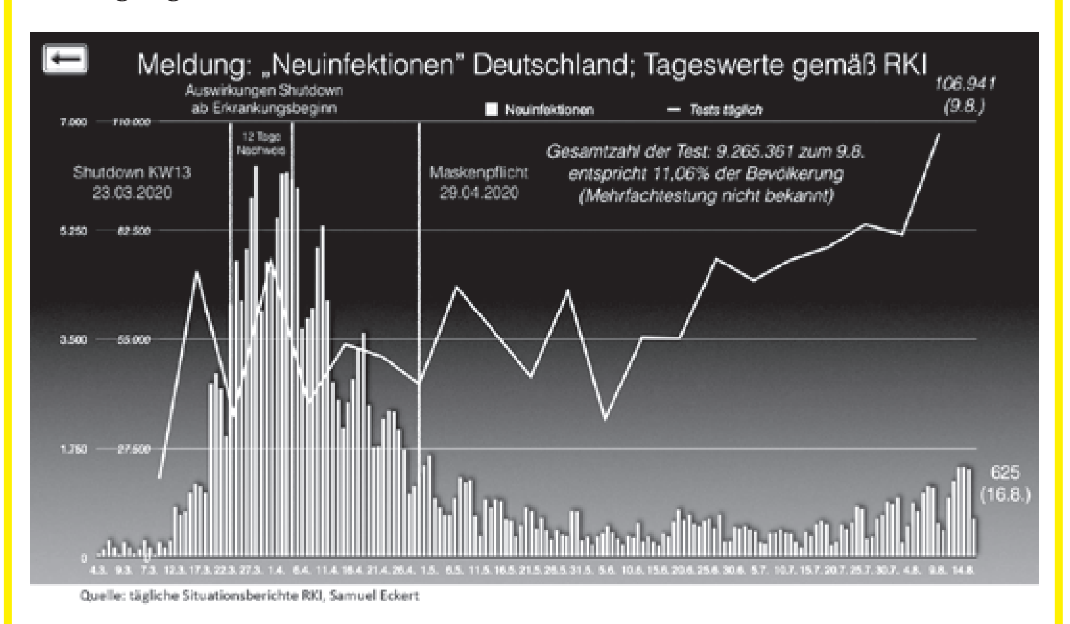
siehe nichtohneuns.de

Gesundheit

Maske gegen das Corona-Regime aus einer Zeitungsseite (siehe 4): Mona von NichtOhneUns am vergangenen Samstag in Köln.
Foto: DW

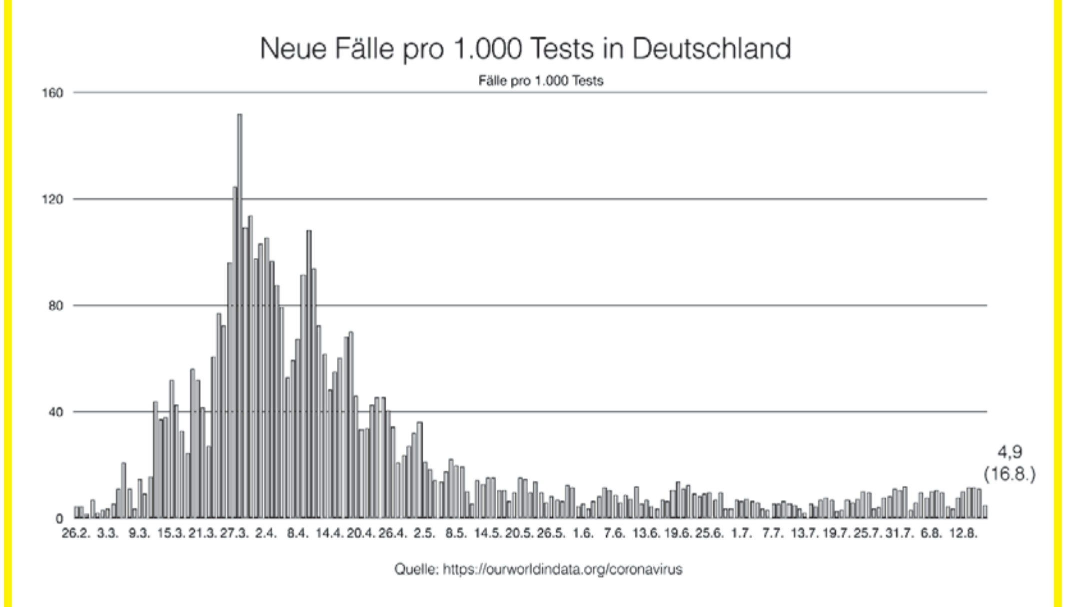
Wissenschaftliche Daten zu Corona

Jeder Tag beginnt und endet mit den Schreckenszahlen der »Neuinfektionen« durch den Corona-Virus in Deutschland. Dies, ohne ins Verhältnis gesetzt zu werden zu anderen Erkrankungen und dies, ohne in ein Verhältnis zur Anzahl der Testungen gesetzt zu werden.



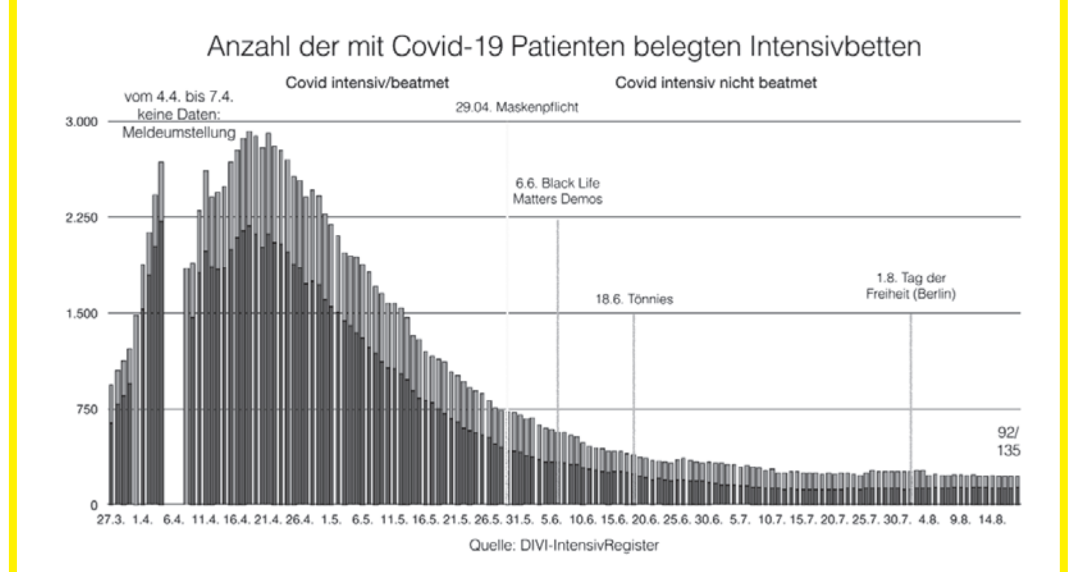
Quelle: tägliche Situationsberichte RKI, Samuel Eckert

Die folgende Graphik zeigt, dass sich der Corona-Virus nicht rasant ausbreitet, sondern seit spätestens Mitte Mai auf einem niedrigen Niveau in der Bevölkerung vorkommt. So, wie es bei anderen Grippeinfektionen, die jährlich über unseren Planeten gehen, auch passiert.



Quelle: https://ourworldindata.org/coronavirus

Positiv auf den Corona-Virus getestet worden zu sein bedeutet jedoch nicht, dass man krank ist oder krank wird. Der Test ist nicht zu einhundert Prozent genau und schlägt auch zu einem gewissen Prozentsatz Alarm, wo gar kein Virus vorhanden ist. Je mehr Tests durchgeführt werden, desto mehr Fehlalarme gibt es. Der Test stellt außerdem nur fest, ob sich Teile des Virus im Körper befinden. Dann ist man aber nicht unbedingt infiziert, sondern eben nur positiv getestet. Ob man dann noch erkrankt und Symptome bekommt, ist noch eine weitere Frage.



Quelle: DIVI-IntensivRegister

Zu Beginn der staatlichen Maßnahmen wurde gesagt, es solle eine Überlastung des Gesundheitssystems verhindert werden. Diese Gefahr bestand zu keinem Zeitpunkt, vor allem nicht jetzt. Die folgende Grafik zeigt, dass nur wenige Menschen so schwer an dem Infekt erkranken, dass sie auf einer Intensivstation behandelt werden müssen. Sie zeigt außerdem, dass sowohl Großveranstaltungen mit Zehntausenden (*Black-Lifes-Matter*-Demonstrationen) oder gar Hunderttausenden Teilnehmern (Tag der Freiheit Berlin) keinen Einfluss auf das Infektionsgeschehen haben.

ÄRZTINNEN UND ÄRZTE IM DEMOKRATISCHEN WIDERSTAND:

Meine Einschätzung der Lage

von Dr. med. Alexander Richter, Mitglied des Demokratischen Widerstandes, Stadland (Wesermarsch)

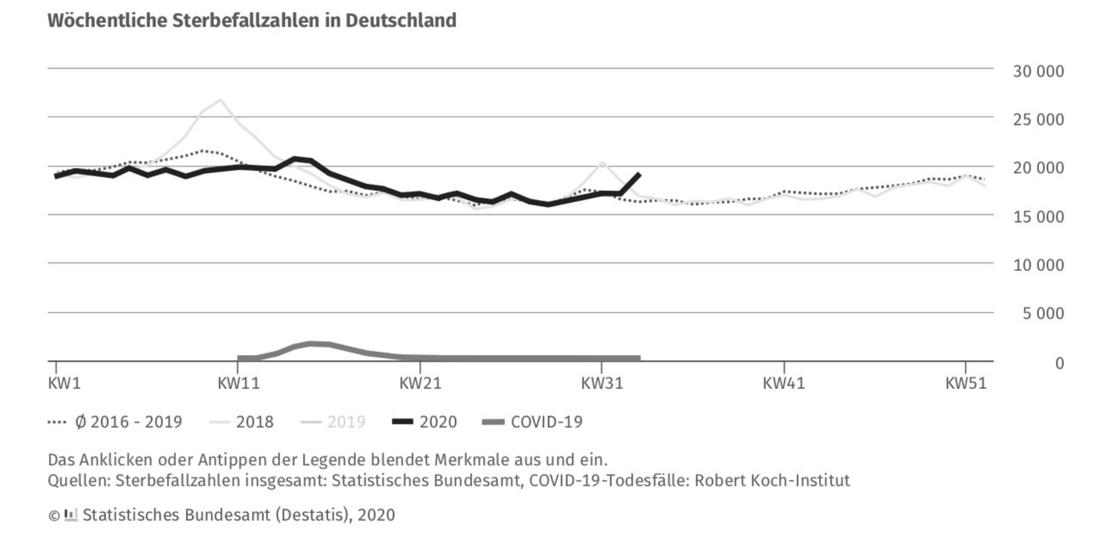
MEDIZINISCH: Als langjähriger Arzt für Chirurgie, Sportmediziner und Notfallmediziner sowie Instruktor für Arthroskopie durfte ich nicht nur in Deutschland, sondern seit 2003 auch in Lateinamerika — vor allem in Mexiko — berufliche und menschliche Erfahrung sammeln. Unter Hinzuziehen aller mir zugänglichen Quellen und in Einklang mit meinem Wissen und meiner Erfahrung, bin ich mit vielen Experten einer Meinung, dass es sich bei der vorliegenden Coronaviruserkrankung um ein Phänomen handelt, das uns Menschen gut bekannt ist, uns jährlich wiederkehrend trifft und mit der normalen Grippe vergleichbare Erscheinungen wie Vorkommen und Mortalität in der Bevölkerung hat. Aus medizinischer Sicht besteht weder Grund zu besonderem Handeln noch zu übermäßiger Vorsicht. Besonders anfällige Personen sollten sich entsprechend sinnvoller Vorgaben individuell schützen.

POLITISCH: Die medizinisch nicht begründbare weltweite Panik und Hysterie ist meines Erachtens bewusst politisch induziert. Die nicht nur in Deutschland getroffenen, der medizinischen Lage nicht angemessenen Maßnahmen übersteigen bei weitem die erforderliche Verhältnismäßigkeit. Die Einschränkung beziehungsweise Aufhebung gravierender Grundrechte sowie die Art und Weise der Änderung der Gesetzgebung ist mit nichts zu rechtfertigen. Wir laufen unter Aushebelung der Grundgesetze Gefahr, uns einer massiven globalen und diktatorischen Kontrolle unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Gesundheit unterwerfen zu müssen. Dies muss mit allen zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln verhindert werden.

»Wäre uns der Virus nicht aufgefallen, hätte man vielleicht gesagt, wir haben dieses Jahr eine schwerere Grippewelle«
Prof. Streeck, Virologe der Universitätsklinik Bonn

»Hätten wir nichts von diesem neuen Virus da draußen gewusst und hätten wir keine Menschen mit PCR getestet, wäre uns die Anzahl der Gesamt-Todesfälle durch grippale Infekte in diesem Jahr nicht ungewöhnlich erschienen.«
Prof. John Ioannidis, Professor für Epidemiologie und Bevölkerungsgesundheit, Stanford Universität, USA

»Dieser Crash ist gewollt«
Dirk Müller, Finanzexperte



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die obenstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen im Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Der Sars-Cov-2-Virus (Corona) existiert. Er ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden.

Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich — oder gar menschheitsbrohend —, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

Demokratiebewegung

GROßE DEMOTERMINE DER WOCHE:

Termin	Ort	Motto
HINWEIS: jederzeit spontan	überall	siehe www.samstag14uhr.de
18.09.2020 17 – 19 Uhr	SINSHEIM, Burgplatz	WIR FÜR DAS GRUNDGESETZ
19.09.2020 11 Uhr	SCHWÄBISCH GMÜND, Johannispl.	EIN LÄCHELN FÜR DIE FREIHEIT
19.09.2020 15 – 19 Uhr	HAMBURG, Jungfernstieg	FEST FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT
19.09.2020 15 Uhr	KÖLN, Neumarkt	CORONAMAßNAHMEN & FAMILIE
19.09.2020 15 – 18 Uhr	MURRHARDT, Marktplatz	WIR FÜR FRIEDEN, GERECHTIGKEIT
19.09.2020 15:30 Uhr	KEMPTEN, Hildegardplatz	WIEDERHERSTELLUNG GG
19.09.2020 15:30 Uhr	LANDSHUT, Ringelstecherwiese	FEST FÜR FREIHEIT, FRIEDEN, ...
19.09.2020 15:30 – 19 Uhr	FRANKFURT/M., Grüneburgpark	DER RUF DER FREIHEIT
19.09.2020 16 – 18:30 Uhr	LEIPZIG, Marktplatz	VERSAMMLUNG FÜR DIE FREIHEIT
19.09.2020 16 :30 Uhr	ERFURT, Domplatz	FÜR FREIHEIT UND MENSCHENRECHT
20.09.2020 13 – 19 Uhr	DÜSSELDORF, Rheinkirmesgel.	SPAZIERGANG ZUR STÄRKUNG
20.09.2020 13:30 Uhr	ULM, Hildegard-Knef-Pl- (Beginn)	AUFZUG MITEINANDER FÜRS GG
20.09.2020 14 – 16 Uhr	LÜNEBURG, Marktplatz	FRIEDENSMEDITATION UND AGORÁ
20.09.2020 15 – 18 Uhr	WEINHEIM, Schloßpark	WIR FÜR EINE FRIEDLICHE ZUKUNFT
20.09.2020 16 – 19 Uhr	HEILBRONN, Kiliansplatz	WIR FÜR DAS GRUNDGESETZ
21.9.2020 18 Uhr	MARBACH AM NECKAR Beginn: Park auf der Schillerhöhe	17. MONTAGSDEMO FÜR DEMOKRATIE UND GRUNDR.
21.09.2020 19 – 20:30 Uhr	KREFELD, Theaterplatz	DEMO FÜR GRUNDG. & FREIH.
27.09.2020 15:30 Uhr	CRAILSHEIM, Volksfestplatz	WIR FÜR DAS GRUNDGESETZ
26.09.2020 12 – 19 Uhr	KÖLN, Poller Wiesen	FEST FÜR FRIEDE UND FREIHEIT
26.09.2020 13 – 17 Uhr	HEINSBERG, Marktplatz	HEINSBERG STEHT AUF: »Wir könen nicht nur Studien!“
26.09.2020 15:30 – 17:30 Uhr	SOLINGEN, Graf-Wilhelm-Platz	FRIEDLICHER SPAZIERGANG ZUR STÄRKUNG DER ABWEHRKRÄFTE
27.09.2020 11 – 14 Uhr	HAMM, Südring	CORONA-MAßNAHMEN ABSCHAFFEN: Rücknahme aller Grundrechtseinschr.
27.09.2020 13 – 15:30 Uhr	ASCHAFFENBURG, Schlossplatz	KUNDGEBUNG U. AUFZUG FÜRS GG
27.09.2020 14 – 18:30 Uhr	LUDWIGSBURG, Forum Schlosspk.	DER TAG DER FREIHEIT
27.09.2020 15:30 Uhr (?)	STUTTGART/EHNINGEN, Döffinger Pfad 9 Ehningen	MENSCHEN FÜR FREIHEIT Biolandhof Bodemer
28.9.2020 18:00 Uhr	MARBACH A. NECKAR, Schillerhöhe	18. MONTAGSDEMO FÜR DEMOKR.
02.10.2020 15 Uhr – 22 Uhr	BERLIN, Platz d. Republik(Bu'tag)	VERFASSUNGSGEBENDE VERSAMLG.
03.10.2020 06:30 – 23:59 Uhr	BERLIN, stadtweit, div. Anmeldg.	TAG DER FREIEN BUNDESREPUBLIK
04.10.2020 0 Uhr – 17:00 Uhr	BERLIN, stadtweit, div. Anmeldg.	SPORTFEST SCHWARZ-ROT-GOLD
HINWEIS:	DEMOS ANMELDEN	berlin.de/polizei/service/
04.10.2020	KARLSRUHE	FEST FÜR FREIHEIT, FRIEDEN, LIEBE
10.10.2020 14 – 19 Uhr	BONN, Hofgarten	IMAGINE! WEGE AUS DER KRISE

Illustrationen und Zeitungsmaske: Jill Sandjaja

Netzwerk



Übersichtskarte zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung nichtohneuns.de. *Siehe auch* querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere.*

Demotermine gern übersichtlich und einfach melden an demokratischerwiderstand@protonmail.com.



SCHIKANÖSES HANNOVER

von Hermann Ploppa

Samstag, 12. September 2020: Der Wettergott ist den Demonstranten gnädig. Herrlicher Sonnenschein, aber nicht zu heiß. Die Protestmanifestationen der Gruppe Hannover begannen um 13 Uhr am Waterlooplatz, einer Grünfläche am Rande des Stadtzentrums, etwa 2.000 Demonstranten.

Lange nicht mehr gesehen, es gibt Gegendemonstranten. Diesmal sogar 500 mit Fahnen, die sie als Anhänger der Jusos und weiterer Ausflugsgruppen auswiesen. Während die Kritiker der Coronapolitik der Drosten-Clique immer wieder von der Polizei nachdrücklich angehalten wurden, Abstand zu halten und Masken zu tragen, standen die Gegendemonstranten dicht gedrängt zusammen wie in der Sardinenbüchse.

Als die Kundgebungsteilnehmer sich zu einem Demonstrationszug formieren wollten, wurde das von der Polizei vereitelt: zunächst müssten sich die Teilnehmer, die wegen eines Attests von der Maskenpflicht befreit sind, bei der Polizei melden. Die Suche nach dem zuständigen Beamten erwies sich als labyrinthischer Irrlauf von einem Schwarzgekleideten zum Nächsten. Schließlich

Hier ist die Demokratie!

③

Klebefläche

IHR LÜGNER!

②

demokratischegewerkschaft.de

demokratischerwiderstand.de

02. bis 04. Okt. 2020
Platz der Republik
Beginn 02.Okt., 15h

①



fand sich ein zuständiger Beamter, der sich höflich und korrekt die Atteste anschaute, um sie sodann zurückzugeben. Allerdings bekam man keine Bescheinigung, dass die Polizei die Atteste geprüft und akzeptiert hatte. Sodass also immer wieder Polizisten die Atteste anfordern konnten. Die unmaskierten Attestbesitzer sollten sich, so der Wunsch der Ordnungskräfte, an die Spitze des Zuges begeben. Sonst ginge es nicht los.

Schließlich durften wir doch loslaufen. Doch auf dem Weg zum Georgsplatz, wo die nächste Kundgebung stattfinden sollte, wurde der Zug vier Mal angehalten. Angeblich befänden sich im hinteren Teil des Zuges immer noch Unmaskierte. Die müssten nach vorne. Obendrein konnten die Demonstranten nur einen verkürzten Parcours zurücklegen, sodass die gut frequentierte Innenstadt ausgespart blieb. Die Flaneure und Spaziergänger sollten vor unserem Anblick verschont bleiben.

Die Kundgebung am Georgsplatz verlief zunächst sehr harmonisch. Lehrer sprachen über die Vergewaltigung ihrer Schutzbefohlenen durch die Corona-Politik. Sprecherinnen von *Eltern Stehen Auf* berichten vom Martyrium der Kinder im Maskenzwang. Der Autor dieses Textes wies hin auf die Diskrepanz zwischen den vom RKI veröffentlichten Infektionszahlen und der durch geschickte Propaganda in der Phantasie der Bürger aufgebauschten Infektionszahlen. Wir brauchen eine neue Politik nach dem Ende des Corona-Regimes. Der scharfsinnige Klardenker und Pädagoge Gunnar Kaiser krönte die Veranstaltung mit seinen treffsicheren Entlarvungen.

Leider kam es nach der Veranstaltung dann doch noch zu einer schlimmen, durch keine Provokation verursachte Polizeigewalt gegen einen Teilnehmer, der zur Behandlung eines gebrochenen Ellenbogens ins Krankenhaus gebracht werden musste. Durch ein deeskalierendes Verhalten der verbliebenen Teilnehmer konnte die Situation entschärft werden. Insgeasmt dennoch ein großer Erfolg für die Gruppe Hannover. Das zeigt sich auch schon daran, dass diesmal die Presse reichlich vor Ort anwesend war, während sie früher stets durch Abwesenheit glänzte. Sogar der Norddeutsche Rundfunk. Uns kann man nicht mehr länger verschweigen.



Griechische Nemesis: Gottheit des gerechten Zorns und der ausgleichenden Gerechtigkeit. Nach Gemälde von Alfred Rethel (1837), bearb. Jill Sandjaja/DW.

»WIR ARBEITEN AN DER KOORDINATION«

***INTERVIEW* über die Erfolge und Niederlagen im Sommer der Demokratie mit dem Initiator der Querdenken-711-Bewegung, Michael Ballweg**

Sechs Monate Demokratiebewegung, zwei riesige Kundgebungen in Berlin im August, die zu den größten in der Menschheitsgeschichte zählen. Wie fällt Dein Zwischenfazit für Dich aus?

Wir sind erstmal wieder auf demselben Status wie nach der Großdemo auf dem Cannstadter Wasn in Stuttgart. Auch dort hatten wir zwei sehr erfolgreiche Großdemos. Na klar, es gibt jetzt zwischenzeitlich auch mal bei uns im Team Erschöpfungserscheinungen. Deshalb sagten wir alle auch von Anfang an: Verlasst Euch nicht darauf, dass Querdenken immer die Großdemos für Euch macht. Deshalb warfen wir nach der zweiten Wasn 100 Bälle zu den Teilnehmern. Das sollte heißen: Werdet selbst aktiv! Wir mit Querdenken-711 sind jetzt erstmal einen Schritt zurückgegangen: Reorganisation und Wachstum. Das ist der Moment, in dem andere Initiativen aktiv werden können. In München sagte ich am vergangenen Samstag nochmal mit Goethe: »Kindern soll man Wurzeln und Flügel geben«, wir wissen alle, woher wir kommen und wir sind fähig, über uns hinauszuwachsen. Geht es selber an! Aber wir versprechen noch, dass wir dieses Jahr 2020 nochmal ganz groß nach Berlin kommen.

Ein erster Anlass ist ja das Kinder- und Familienfest der Demokratiebewegung mit dem Titel »71 Jahre Demokratie nach Grundgesetz in Deutschland — gestern, heute, morgen« mit großer Bühne und Hüpfburg — sowie der Verfassungsgebenden Versammlung auf dem Platz der Republik vor dem Bundestag am Freitag, dem 02. Oktober um 15 Uhr. Und die vielen Folgefeste am Tag der deutschen Einheit und das Sportfest Schwarz-Rot-Gold am Sonntag, dem 4. Oktober. Kommst Du auch und wirst sprechen?

Ja, klar ich bin gleich am Freitag bei Euch in Berlin und werde auch sprechen. Ich freue mich!

Wie stehst Du zur Verfassungserweiterung?

Wir arbeiten derzeit im Hintergrund. Wir müssen uns erstmal sortieren. Wir kriegen tausende von Hilfsangeboten, ähnlich wie *Nicht ohne uns!* ganz zu Beginn. Es gibt Pro- und Kontragruppen, so erleben wir es jetzt auch, verschiedene Initiativentreffen und alle wollen ein eigenes Programm. Wir arbeiten an der Koordinierung, nicht in erster Linie inhaltlich. Ich komme ja aus der Softwareentwicklung, habe eine App entwickelt, die Rentner als Helfer buchbar gemacht hat zum gegenseitigen Gewinn und zur Integration ins Leben. Dieses Modell lässt sich perfekt übertragen auf unser alle unsere Initiativen, die Ressourcen suchen. Zudem werden bei uns juristische Themen automatisiert. Wir bauen also das Querdenken-Ressourcenmanagement auf und veröffentlichen dazu demnächst ein Standardschulungskonzept per Video.

Nochmal zum »Sommer der Demokratie« — welche Erfolge stehen zu Buche?

Ich bin der festen Meinung, dass wir den zweiten »Lockdown« verhindert haben. Wir haben eine breite demokratische Bewegung geschaffen mit den Fragen: Wie soll denn Demokratie funktionieren? Was sind meine Wünsche? Wie soll ein Leben in der Zukunft aussehen? — Ich sehe unsere Aufgaben darin, die Antworten zusammenzuführen. Meine eigene Rolle sehe ich dabei auf der Straße, der Koordination, der Entwicklung und auch der Organisation der Demos. In Berlin werden wir dazu mit allen bisherigen Köpfen Anfang und Mitte Oktober zusammenkommen. Ralf arbeitet an Gesetzesentwürfen, die wir den Parteien dann mit auf den Weg geben werden, Wahlkämpfe stehen vor der Tür. Ich selber bin kein Freund von Parteien mit ihrer Top-Down-Struktur, bei der am Ende wieder nur einer ganz oben steht und angreifbar ist. Wir arbeiten lieber flach und dezentral. Ich sehe mich also nicht als Kopf der Bewegung, wie Du ja auch nicht von Nicht ohne uns! oder bei Eurer Demokratischen Gewerkschaft. Aus demselben Grund gibt es auch kein bundeseinheitliches Querdenken. Wir arbeiten nebeneinander; jeder macht in seiner Region das, was er für richtig hält. Parallelität statt monolithische Machtblöcke, das ist die Devise.



Querdenker der Demokratiebewegung und neuer Bürgermeisterkandidat Stuttgarts: Michael Ballweg.

IN BERLIN HABEN HUNDERTTAUSENDE DIE ZWEITE AUSGANGSSPERRE VERHINDERT

Trotzdem sind Spaltungstendenzen und Unterwandnerungsversuche in der Demokratiebwegung insgesamt zu beobachten?

Ja, es gibt mehrere seltsame Beispiele, etwa die 150 Party People auf den Reichstagstreppen und das Schauspiel vor der Russischen Botschaft, wo Leute wohl hofften, da öffne sich gleich ein Fenster und ein Friedensvertrag fiele heraus, den sie dann auffangen und unterschreiben dürfen. Da muss man aufpassen, was echt und was *fake* ist, was realistisch und was Fantasterei ist. Aber lasst die alle ruhig machen, das wird sich zerlaufen und das Redliche wird immer deutlicher erkennbar werden. Denn die Masse steht hinter vernünftigen, längst überfälligen Verbesserungen des Bestehenden — auch ganz grundsätzlichen Verbesserungen!

An denen auch kein Weg mehr vorbeiführen wird. Die Initiative — das Momentum, gewissermaßen der Aufschlag — sind qua Masse der Unterstützer auf Seiten der Demokratiebewegung, während die Parteien, die gefälschte Regierungs-Antifa und der gesamte Regierungsapparat keine dreizehn Leute mehr mobilisieren können. Wie geht es auf unserer Seite weiter?

Spontan am Samstag, 26. September gemeinsam mit Querdenken-221 und Nana zur Großdemo in Köln! Am 27.9. dann der nächste Coup, die Demo in Stuttgart-Ehingen auf dem Biohof. Das Wochenende rund um den 3. Oktober bei Euch in Berlin fällt für uns positiv ins Gewicht, es gibt viele Anmeldungen und Zusagen. Am 10. Oktober soll dann wohl noch ein Schweigemarsch in Berlin stattfinden, das ist eine neue Initiative, die wir noch nicht kennen. In Leipzig arbeiten QD-341 und QD-711 bereits für eine Großdemo am 7. November zusammen. Doch Vorsicht, die Quersumme aller dieser Daten ist nicht »23«. (Lacht.)

Die Demokratiebewegung wird also einen Marathon bis ins Ziel zu echten demokratischen Verhaltnissen zurücklegen müssen?

Ja, wir klären jetzt erstmal in den eigenen Reihen auf, aber werden nicht aufzuhalten sein. Es gibt diese Leute, denen habe ich in den letzten zwei Wochen ein Stück weit den Spiegel vorgehalten. Den Vorfall vor der Russischen Botschaft erwähnte ich, aber zu nennen sind auch die Fans von Trump, die Putin-Fans und QAnon, die sich Rettung aus dem Ausland oder von höheren Mächten erhoffen. Das widerspricht dem Gedanken der Eigenverantwortlichkeit. Denn niemand kommt uns retten, das müssen wir schon selber tun. Auch die Reichsbürger haben unrealistische und gestrige Vorstellungen, auch wenn die Unzufriedenheit ja ein Stück weit zu verstehen ist.

Lebendig geht es allemal zu!

Tja, und die lieben Reichstagsstürmer — was wollen die eigentlich erreichen, wenn sie einmal drin sein sollten. Da setzt sich dann die Polizei auf die Abgeordnetensitze und schaut zu, wie die sich dann untereinander streiten werden. Nein, Eigenverantwortung heißt selber ins Handeln kommen. Wir haben viel damit zu tun, uns anzuschauen, was es mit der Änderung des Bundeswahlgesetzes auf sich hat. Wir müssen dafür sorgen, dass zumindest die Bundestagswahlen 2021 ordentlich stattfinden und dafür wird es dann auch eine neue starke Partei geben müssen. Realistischerweise muss auch auf dem Feld Struktur geschaffen werden, die ich dann aber nicht anführen will. Denn wir bleiben bei unseren grundsätzlicheren Themen, die wesentlicher sind, als jede Partei sie derzeit vertreten darf: Wie möchten wir in Zukunft leben? Welche Chancen ergeben sich aus der Pandemie? Und wie können wir das Grundgesetz in eine Form bringen, sodass plebiszitäre Elemente drin sind?

Das Gespräch führte Anselm Lenz.

DER HELDENMARSCH VON MINSK

EIN BERICHT von Ilia Ryvkin, Auslandskorrespondent des DW in Minsk

Am 13.09.2020 kamen in der Hauptstadt Weißrusslands mehrere Hunderttausend zum friedlichen Protest zusammen. Die westlichen Regierungen und deren Medienbetriebe wittern die geostrategische Chance, das Land näher an den europäischen Machtblock zu binden. Die Demonstranten wollen jedoch etwas anderes.«

Akkordeonklänge dröhnen um die Ecke der Unterführung. Ich erkenne das Lied: »Krieger des Lichts, Krieger des Guten bewachen den Sommer, kämpfen bis zum Morgen...« Man sang es einst am Maidanplatz in Kiew.

Hier in Minsk ist aber kein Maidan. Die protestierenden Belarussen greifen weder zur Gewalt, noch errichten sie Barrikaden aus flammenden Autoreifen. Nach den Kundgebungen räumen sie den Müll selbst auf, und wenn es dazu kommt, eine Sitzbank mit Füßen zu betreten, ziehen sie vorher ihre Schuhe aus. Bis jetzt war in der Stadt noch kein einziges politisches Graffiti zu sehen.

MINSK IST KEIN ZWEITER MAIDAN

Das Sprachrohr des belorussischen Protestes, der *Telegram*-Kanal »Nexta«, der von Weißrussen aus Polen geführt wird, setzte dort den pathetischen Aufruf »an alle Helden des Landes« zur Residenz Lukaschenkos in der exklusiven Appartementanlage Drozdy zu marschieren — und diese friedlich zu belagern —, ab. Die gewaltlosen Angreifer sollten drei Kolonnen bilden. Eine im Zentrum, zwei andere im Nordosten und Nordwesten der Stadt als Flanken, die die Residenz des Staatsoberhaupts in die Zange nehmen sollten.

Ich nahm mir vor, mich der frontal angreifenden Kolonne anzuschließen. Der Weg zum Hauptstadtzentrum führte am von der Bereitschaftspolizei umzingelten Regierungsviertel entlang. Die Beamten, mit einer faschistoiden, ja nahezu außerirdischen Uniform eingekleidet, bewegten sich hektisch und aggressiv.

Die Atmosphäre andernorts in Minsk: »Gestern war ich im Wald«, sprach der Taxifahrer, »Pilze gesammelt, an den alten Plätzen vorbei, eine Katastrophe ist das! Überall Traktorenspuren, Autoreifen rumgeworfen, keine guten Pilze mehr...« Er führt aus: Lukaschenko ist heute früh nach Sotschi geflogen. Hoffentlich verhaftet Putin ihn!« Ich erwiderte, dass bis zum neunten Oktober noch die vorige Amtszeit Lukaschenkos gültig sei und diese vormalige Legitimität erst einmal nicht anzuzweifeln sei.

Am ausgemachten Treffpunkt hatten sich schon einige Demonstranten versammelt, die meisten davon Teenager. Einige tragen weiß-rot-weiße Fahnen über ihren Schultern. In den öffentlich-rechtlichen Medien des Landes wird die weiß-rot-weiße Symbolik als faschistisch diffamiert, da in den Vierzigern auch Nazi-Kollaborateure sie verwendeten. Die Fahne kommt aus dem Jahr 1918 aus der sozialdemokratischen Weißrussischen Volksrepublik.

MAL WIEDER ÜBERALL NAZIS

Die heutigen Proteste weisen keinerlei rassistische Züge auf, dennoch werden Protestierende als Faschisten abgestempelt. Diese für undemokratische Regierungen üblichen Argumente kennen wir ja aus Berlin.

Als wir ungefähr tausend Menschen waren, begab sich die Menschenmenge scharenweise Richtung Norden. Kurz vor dem Sportpalast versperrte uns eine Kette von Bereitschaftspolizisten den Weg und gleichzeitig trennte eine motorisierte Truppe unter Staatsflaggen die Fahrbahn entzwei.

So wurde die Hauptmenge der Demonstranten eingekesselt, vereinzelt floh man über Hinterhöfe. Ich lief Richtung Altstadt, *streamte* für meine Freunde im *Facebook* und schilderte den Vorfall *live*. Meine Kommentare auf Deutsch nahm ein Mann Mitte Sechzig wahr. Ein Facharbeiter, wie sich später herausstellte. »Führer!«, rief er heiter in meine Kamera — das sind eben so die Worte, die einem auf Deutsch einfallen, wenn man nur ein paar Brocken aus ferner Zeit erinnert. Und weiter: »Faschisten, alle Faschisten!« — und dann zeigte er mit dem Finger auf die Bereitschaftspolizisten. »Diktatur! Kaputt!«

Ich bin kein Freund von Hitler-Vergleichen, konnte aber dem Kollegen nicht die Aussage vorenthalten. Gleich darauf zeigte sich, wie sich *Fake-News* entwickeln. Der Mann schrie weiter aufgeregt während der Liveübertragung in die Kamera. Es ging um die Grausamkeiten des, seiner Meinung nach, faschistischen Regimes und auch um 56 Vermisste. Diese überzogene Zahl konnte einfach nicht stimmen. Laut des Belarus-Berichtes des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Menschenrechte sind sechs Personen bei den Unruhen spurlos verschwunden. Was an sich schon eine Katastrophe wäre. Eine unglaubwürdige, zehnmal höhere Anzahl disqualifiziert die Berichterstattung, spaltet die Gesellschaft, schürt Hass, Panik, die ein noch größeres Blutvergießen anstiften können.

Inzwischen wendeten die grünen Gefangenentransporter und fuhren weg. So leer wie sie gekommen waren. Der Angriff wurde beendet, so plötzlich wie er angefangen hatte. Einzelne Demonstranten begaben sich auf die Strecke, die Symbole versteckt, als ob sie spazieren gingen. So schien die Demonstration aufgelöst zu sein. Ich folgte der Route, bis sich in der Ferne weiß-rot-weißen Banner blicken ließen. Zerstreute Aktivisten eilten aus allen Richtungen dem neu gesetzten Treffpunkt zu. Von außen mit Menschenketten umringt, klatschten die Demonstranten im Takt und riefen zugleich: »Einer für alle! Alle für Einen!« Nach einer Viertelstunde schrie die Volksmenge begeistert: »Es lebe Belarus!« Entlang der Allee näherte sich uns die Verstärkung, ein Menschenstrom von vielen Tausenden von Köpfen: »Es lebe Belarus!« — »Es soll frei leben!« Inmitten des weiß-rot-weißen Meeres tauchten einzelne rot-grüne Staatsflaggen auf. Auch rote Banner des Sieges, sogar eine russische Trikolore.



Masken? Keine. Nato- oder EU-Fahnen? Keine. Der Minsker Prospekt Pobeditelei am Sonntag den 13. September 2020 in den Abendstunden. | Foto: jro/DW

Keine einzige EU- oder gar NATO Fahne. Es war auch keine Fahne eines westlichen Landes zu sehen. »Rücktritt des Staatsoberhauptes! Befreiung aller politischen Gefangenen! Neuwahlen, ehrlich und transparent!« Es gibt in Minsk keine nationalistischen oder pro-westlichen Forderungen auf der Straße. Masken? Keine. Kaum jemand will Corona-Maßnahmen einführen, die es hier nicht gibt.

Die Menschenflut löste jegliches Gefühl einer möglichen Gefahr in ihrem allgemeinherrschenden Enthusiasmus. Als das Volk an einem Verwaltungskomplex vorbeimarschierte, schalteten die Absperrbeamten patriotische Lieder ein und verliehen damit der Protestkundgebung einen flüchtigen Schimmer sowjetischer Feierlichkeiten.

Die vorbeifahrenden Autos, sogar solche, die aufgrund der Großdemonstration in einen Stau gerieten, hupten zustimmend im Takt der Motivationsrufe. Sogar die vorbeifahrenden S-Bahnen hupten mit. Die Einwohner der Gebäude an der Demonstrationsstrecke öffneten ihre Fenster, winkten den Passanten, riefen: »Es lebe Belarus!« — »Es soll frei leben!«

Wie viele gingen letzten Sonntag auf die Straßen von Minsk? Hunderttausende jeden Alters und Berufs. Die meisten jung und männlich. Das von westlichen Medien verbreitete Bild belorussischer Proteste als »Revolution der Frauen«, kann ich somit nicht bestätigen. Die Lage in der Provinz mag anders aussehen, es steht aber fest: Eine Zustimmung für die Proteste in der Hauptstadt ist allgegenwärtig. Einmal nur nahm ich eine abweichende Stimme wahr, eine alte Oma schaute mir in die Augen und sprach: »Die wissen noch nicht, wieviel Schlimmer es noch kommen kann!«



Laut Oxfam besteht die Gefahr, dass durch die Corona-Maßnahmen täglich 12.000 Menschen zusätzlich weltweit an Hunger sterben (vgl. oxfam.org) DW



Gewerkschaft

»RAUS AUS DEM DGB, REIN IN EINE ECHTE GEWERKSCHAFT!«

Die Demokratiebewegung baut ihre eigene Vertretung der Lohnabhängigen auf. ***Von Anke Wolff***

Dies ist ein Aufruf zur Reformation basisdemokratischer Mitbestimmung und Mitgestaltung von unten nach oben. Wir bauen eine neue Gewerkschaft auf, eine echte Gewerkschaft.

Am 1. August 2020 wurde in Berlin eine neue Gewerkschaft gegründet, die *Demokratische Gewerkschaft* (DG). »Wozu brauchen wir eine weitere Gewerkschaft« mag sich mancher Leser, manche Leserin nun fragen: »Wir haben in Deutschland doch jede Menge davon!«

Nun ja. Doch unsere Gewerkschaften unter dem Dachverband des DGB sind in die Jahre gekommen, fett geworden und träge. Die Nähe zum arbeitenden Mitglied ist den Arbeitnehmervertretungen weitgehend abhanden gekommen. Gewerkschafts- und Betriebsratsvorsitzende vieler mitarbeiterstarker Betriebe haben ihre Blaumänner gegen Nadelstreifenanzüge getauscht und sitzen mit Arbeitgebern am Tisch, handeln Jahr für Jahr Lohn- und Gehaltserhöhungen oft unter dem Inflationsniveau aus und üben sich in Medienpräsenz wie Politiker und Prominente.

KRÄFTIG DURCHORGANISIEREN

Ihre Mitglieder und Kollegen kennen sie aber schon lange nicht mehr persönlich, auch nicht deren Nöte, Sorgen und Wünsche, noch ihre Bedürfnisse am Arbeitsplatz. Anomym geworden sind sie, unsere ArbeitnehmervertreterInnen, entschwunden zum Olymp der »Großen«, vermeintlich »Wichtigen«.

Viele Mitglieder sind ebenfalls träge und untätig, zu stillen Duldern geworden und vielfach in die Opferrolle geraten: Es wird gejammert und gestöhnt und beinahe jede Tirade endet mit dem Satz: »Aber wir können ja doch nichts dagegen tun...«

An der Basis haben viele schon seit langem Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, wenn sie den Mund aufmachen. Die Mitgliedsbeiträge sind vielen mit Einkommen, die nicht allzu weit über dem Existenzminimum liegen, zu hoch im Verhältnis dessen, was die Mitgliedschaft an Vorteilen und Sicherheit bringen mag. Und so schwinden allmählich die Mitgliederzahlen dahin und echte Gewerkschaftsarbeit wird immer weniger möglich.

Gemeinschaft und Arbeitnehmervertretung sieht anders aus, denken viele und bleiben ohne Gewerkschaftsvertretung. Die Unzufriedenheit ist ein ständiger Begleiter geworden. Arbeitskampf findet am Verhandlungstisch statt und nicht mehr auf der Straße. Kompromisse sehen seit Jahren so aus, dass der Arbeitnehmer mit geringen Anpassungen zufrieden sein soll. Wenn er beziehungsweise seine Gewerkschaftsvertretung kein Veto einlegt, wenn die Verbände immer weniger Mitglieder vorzeigen können, ist das die



DIE DGB-GEWERKSCHAFTEN HABEN SICH ALS BEIBOOT DER REGIERUNG UND DES GLOBALEN GROSSKAPITALS ERWIESEN.

SEIT JAHRZEHNTEN LIESSEN SIE BEREITS ERNSTHAFTE ARBEIT FÜR UNS SCHLEIFEN, DAFÜR ABER FÜRSTLICH VON UNS BEZAHLEN.

UNTER CORONA STELLEN SIE SICH OFFEN GEGEN ALLE ARBEITERINNEN, ANGESTELLTE, FREIBERUFLER, GEWERBETREIBENDE UND TAGELÖHNER.

DESHALB FAND AM 02. AUGUST 2020 DAS GRÜNDUNGSTREFFEN DER DEMOKRATISCHEN GEWERKSCHAFT (DG) IM BERLINER MAUERPARK STATT.

NOCH AM ABEND HABEN SICH SEHR ERFAHRENE GEWERSCHAFTERINNEN ANGESCHLOSSEN.

oft armselige Konsequenz. Dazu kommt dann, dass Verbesserungen der sozialen Absicherung, der Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeit oder der Belastungssituation durch Stress und Druck oft ausbleiben, weil sowohl die ArbeitnehmerInnen als auch die Interessenverbände und deren gewählte VertreterInnen sich scheinbar ihrer Wichtigkeit im sozialen Gebinde nicht (mehr) in aller Deutlichkeit bewusst sind, beziehungsweise ihre (Un-)Wichtigkeit verstärken, statt sie täglich unter Beweis zu stellen, indem sie für ihren Auftrag, ihre Werte einstehen.

Seitens der Industrien und Arbeitgeberverbände wird immer wieder damit argumentiert, dass jeder Verbesserung auf Seiten der Arbeitnehmerschaft mit Verringerung der Arbeitsplätze geantwortet werden müsse. Begründung der Gewerkschaftsverbände für ihr Einlenken ist dann sofort: »Wir müssen Arbeitsplätze erhalten!«

Wo bleibt die Erhaltung und Schaffung menschenwürdiger, lebenswerter Arbeitsplätze, mit denen sich der Einzelne identifizieren kann? Wo bleibt die angemessene Wertschätzung der Industrie, der Betriebe und auch der Allgemeinheit?

Allgemeiner Grundtenor in der arbeitenden Bevölkerung ist seit langem, »man muss ja schließlich arbeiten!« — um Geld zu verdienen, damit der nächste Urlaub Dich wieder fit macht, ein weiteres Jahr freudloser, möglichst verantwortungsarmer und wenig begeisternder Beschäftigung zu überstehen?

Arbeitgeberverbände winken bei jeder – wie auch immer gearteten Forderungmit Massenentlassungen und so knicken die Lohnerhöhungen meistens im einstelligen Prozentbereich ein, wo der Arbeitnehmer im unteren Lohnsegment Zuwächse in Größenordnungen eines Briefportos traurig betrachtet, während die Unternehmer Reingewinne im mehrstelligen Prozentrang einstreichen.

Das geht seit Jahren so! Genau genommen seit den 1980er Jahren! Habt Ihr das vergessen, liebe ArbeitnehmerInnen, liebe GewerkschafterInnen?

LIEBE IN ZEITEN DER CORONA

Fast 40 Jahre werden wir nun schon mit kleinsten Bröckchen abgespeist. Die von den Altvorderen erstreikten Errungenschaften im Arbeitsrecht verschwinden mehr und mehr durch die Hintertür der Manteltarifverträge. Arbeitszeit, Lebensarbeitszeit, soziale Errungenschaften, Urlaubs- und Weihnachtsgeld werden zugunsten einer Gewinnbeteiligung und zum Vorteil nur Weniger nach und nach verhökert.

Gewinnausschüttungen der Konzerne werden durch diverse marktwirtschaftliche Raster buchstäblich gefiltert, in denen viel Kapital hängen bleibt und erst der Bodensatz wird an an die Mitarbeiter ausgezahlt, die diese Brosamen dann auch noch versteuern müssen. Echten Arbeitskampf gibt es schon lange nicht mehr. Ein Wink mit Massenentlassungen reicht auch hier meist aus, um Gewerkschafter in Schreckstarre zu versetzen.

Was bitte wollen aber die Unternehmen denn *unternehmen*, wenn gestreikt wird?

Denkt doch einmal weiter als das, was die Arbeitgeber, die Politiker und die Kollegen Euch zu denken erlauben wollen: Woher will denn eine gesamte bestreikte Branche innerhalb weniger Tage oder Wochen unzählige ausgebildete und eingearbeitete ArbeitnehmerInnen nehmen, wenn diese sich einig sind, fest bleiben in ihren Forderungen und erst nach erfolgreichen Verhandlungen den Streik beziehungsweise den Arbeitskampf beenden?

Es gehörte einst zum Arbeitskampfritual, gegenseitig heftige Drohungen auszutauschen, zu ringen um jede Forderung und erst bei einem soliden Konzept den Arbeitskampf friedlich und zufrieden gemeinschaftlich (!) zu beenden. Das Wort »Kampf« ist überhaupt nicht gleichzusetzen mit »Krieg«! Denn »Arbeitskampf« darf übersetzt werden mit: »ArbeitnehmerInnen treten (vehement) für sich und einander ein!«

Zahlenmäßig sind ArbeitnehmerInnen immer noch eine große Mehrheit! Dessen werdet Euch wieder bewusst, liebe Kolleginnen und Kollegen — ohne uns geht gar nichts. Für alle, die an gute alte

Weiter auf Seite 8

Gewerkschaftszeiten anknüpfen wollen, die echte Gewerkschaftsarbeit und Arbeitnehmervertretung aus der Basis an der Basis und mit der Basis wollen, dürfte die Demokratische Gewerkschaft DG eine junge und echte Alternative werden. Hier soll der Arbeitnehmer wieder mit den Kollegen der Gewerkschaft auf Augenhöhe über seinen Alltag auf Maloch, auf Statin, im Büro, auf Wache, generell im Job sprechen können.

Hier sollen ehrliche, greifbare und jedem nachvollziehbare demokratische Strukturen entstehen, die zwar Eure Mitarbeit und nicht nur Eure Mitgliedsbeiträge benötigen, die Euch dafür aber echte basisdemokratische Vertretung, Schulung und harte aber faire Arbeitskämpfe um Verbesserungen bieten werden.

NIEMAND KOMMT UNS RETTEN

Wenn die abgenutzten bisherigen Strukturen nicht mehr zum Erfolg und zur Verbesserung auf breiter Linie führen können, wenn Vertreter der Arbeitnehmerschaft keine Vertreter mehr sind, dann erschaffen wir diese eben neu! Ideale und Tugenden und Würde zu beanspruchen, ist wieder »in«! Demokratische Arbeit ist etwas für jeden von uns! Wir haben uns in den letzten Jahrzehnten (!) viel zu viel abnehmen lassen.

Es war so bequem, es uns gut gehen zu lassen. Tatsächlich aber geht es uns doch gar nicht mehr so gut. Beinahe unmerklich hat ein Verfall der sozialen und demokratischen Grundlagen eingesetzt, der immer mehr Fahrt aufnahm und nun in der Zerstörung und den totalen Verfall unter dem Stichwort »Corona« gemündet ist. Worauf wartet Ihr?

Wenn ein Wunder nicht ohne Mithilfe geschehen will, dann lasst uns das Wunder mit unserem solidarischen Zusammenschluss auf einen guten Erfolgskurs bringen und erschaffen, liebe Mitstreiter und Mitstreiterinnen! Jeder wird gebraucht, jeder ist wichtig und jeder kann seinen persönlichen Beitrag leisten.

Wenn wir wieder echte GewerkschafterInnen werden, die mehr tun wollen als monatlich ihren Beitrag abbuchen zu lassen und alle paar Jahre den Betriebsrat mit einem Kreuz auf dem Wahlzettel zu bestätigen, werden wir wieder erstarken und uns unseres Wertes in diesem System bewusst werden.

DAS MÜSSEN WIR SCHON SELBER TUN

Wir werden »denen da oben« wieder näher rücken, weniger „»die hier unten« sei, sondern das Gefühl spüren, als ein jeder von uns gleich wichtig und wertvoll zu sein, ganz gleich, wo wir stehen. Demokratie ist wie ein lebender Organismus, der Bewegung und aktives Mithelfen von jeder und jedem benötigt!

Untätigkeit, Desinteresse und fehlende Beteiligung aber führt zum Verfall all dessen, was uns unser Leben und unseren Alltag lebenswert macht! Wir sind (noch) keine Arbeitssklaven und auch keine Marionetten, wenn wir uns daran erinnern, dass wir das Volk sind und als Volk nicht nur das Recht zur Mitgestaltung haben, sondern, dass es unsere (heilige) Pflicht ist, dies zu tun! Allen, die Gewerkschaftsarbeit als reine Betätigung in der Arbeitswelt betrachten mögen, sei gesagt: Basisdemokratisches Handeln endet nicht an den Werkstoren!

»REINEN TISCH MACHT MIT DEN BEDRÄNGERN!«

Werden wir uns unseres Wertes und unserer Würde wieder bewusst, so wird sich das auf alle Lebensbereiche erstrecken. Alle Ebenen werden wieder für sich und ihre Vorstellungen eintreten, ganz gleich, ob in der Schule, wo sich Eltern, Schüler und Lehrer friedlich, gewaltfrei und selbstbewusst erheben werden, also gemeinsam für ihr Wohl einstehen. Die Familie mag als kleinste soziale Einheit wieder eine liebevolle, stabile, selbstbestimmte Einheit sein und nicht ein wertloses, unwichtiges, konsumorientiertes Funktionskonstrukt, das einer gnadenlosen Wirtschaftsstruktur unterworfen ist.

Gewerkschaftsarbeit bietet uns allen ein Fundament, unser soziales Miteinander wieder neu zu erschaffen, uns aus unserer »Opferrolle« heraus zu begeben. »Täter« sind meist nur Täter, wenn es Opfer gibt, die sie Täter sein lassen!

Wer weder Opfer noch Täter will, darf im vollen Bewusstsein seiner und der unveräußerlichen Würde des Einzelnen – jedes Einzelnen! — zum echten Miteinander kommen. Einheit heißt einig sein, ohne gleichmachen zu wollen! Gleichheit heißt sich seiner Individualität innerhalb einer Gemeinschaft bewusst zu sein! Freiheit heißt, immer eine freie Wahl zu haben.

Wir sind es WERT! Kommen wir zum TUN!

VORWÄRTS GEHT ES HIER: DEMOKRATISCHE GEWERSCHAFT.DE

DANKE: Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, die Aufklärung und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. – Verwendungszweck »Vereinsspende« an Lenz/KDW, IBAN DE51 1001 1001 2625 2368 69.

Versagen der Linken

NOTIZEN ZU CORONA *von Dr. Werner Köhne, Köln*

1. Was auffällig war: Der Schrecken kam mit den Bildern aus Italien: Ein Klinikflur, überfüllt mit Betten, in denen Menschen auf dem Bauch liegend mit dem Tod rangen; eine in morgendliches Grau getauchte LKW-Kolonne, in der Leichen abtransportiert wurden. Der erste Gedanke: Eine Verordnung. Wir müssen die Kurve der Infizierten abflachen, um unser Gesundheitssystem nicht zu überfordern; ein Krisenmanagement, reflexartig mit Zahlen, Modellen und Zuordnungen operierend, mittels der Sprache, die, glaubt man Ludwig Wittgenstein, unsere Welt erst schafft, aber in diesen Tagen weit entfernt schien von dem, was uns geschah und unserer Erfahrung zuträglich war.

2. Seither dieser Kampf um Bilder. Zahlen und Begriffe: Menschen auf Balkonen, die den Pflegekräften und später den Kassiererinnen vor Lidl und Aldi Beifall zollen. Anlässe für ein Storytelling, das begierig aufgegriffen wurde. Dazu schwirrte ein Wortungetüm in der Luft: Systemrelevanz. Zwölf Jahre zuvor hatte es noch den Banken gegolten. Sollte das diesmal anders sein?

3. Der Philosoph Peter Strasser: »Wir haben die Lust auf Leben eingetauscht gegen die Gier, nicht sterben zu müssen.« – Die Frage ist, wie diese Gier so in uns wachsen konnte, dass sie alles an Leben (und Sterben) überwuchert?

4. Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit. Das erste Opfer der Pandemie ist die Sprache; die Sprache des Lebens, des Sterbens, der Trauer – des erfahrenen Glücks.

5. Nichts hält uns in den letzten Monaten so sehr im Bann wie Zahlen und Relationen zwischen ihnen. Dabei kommt es zu einem beunruhigenden Vorgang: Aus einer Messgröße für die Wirkmächtigkeit einer Krankheit wird ein Qualitätsausweis unseres Daseins. Kommen wir aus dieser schrecklichen Verengung des Lebens je wieder heraus?

6. Kann es sein, dass wir Leben immer häufiger in eins setzen mit der Direktive, alles richtig zu machen und unsere Normalität? Das alltägliche Geradehin, wie der Philosoph Edmund Husserl es nannte, allein an der Befolgung von Normen und Regeln zu erproben? Was folgt daraus, wenn irgendwann mal die Maskenpflicht aufgehoben, die Impfung vollzogen ist, die uns eingepaukten Mentalitäten aber bleiben: Huxleys »Brave New World?« Oder gar der Rückfall in jene Zeit zwischen 1933 und 1938, die der jüdische Autor Viktor Klemperer in Tagebuchnotizen festgehalten hat: Eine Wahndemie aus Regeln, Anordnungen, Verordnungen (»Der Jude darf nicht auf der Parkbank sitzen« usf).

7. »In Zeiten von Corona« – inzwischen ein geflügeltes Wort, mit dem alle uns aufgezwungenen Beschwörungen dieses Phänomens beginnen. Es erinnert natürlich an Marquez' Roman: »Die Liebe in Zeiten der Cholera«. Ein Roman mit dem Titel »Die Liebe in Zeiten von Corona« wäre indes heute kaum denkbar. Wovon sollte darin auch erzählt werden? Von den positiven Aspekten von Social Distancing and Social Distinction? Wo bliebe da Raum für die älteste Erzählung in der Menschheitsgeschichte: Boy meets girl....? – Kein Kuss mehr im Park…

8. Ungeheuerliches tut sich an der Front der herrschenden Begriffe, die ein kluger Mensch einmal als Begriffe der Herrschenden gedeutet hat. Das Leben mit dem Virus fordert von uns eine »neue Normalität«: So versetzte uns ein Finanzminister in Erstaunen. »Nichts wird mehr so sein wie vorher«, fügen Virologen an, die inzwischen für »Das Ganze« (nach Adorno: das Unwahre) stehen. Und der fiebrige Attentismus – gibts neue Zahlen?, wen lädt Lanz heute ein? – der jede mediale Nachricht heute umrahmt, begünstigt jenen Alarmismus noch, dem scheinbar einzigen Lebenselexier in »Coronazeiten«; während Zukunft zum zerquälten Ziel-Raum eines alternativlosen Krisenmanagements schrumpft – dem Einfallstor für Manipulation.

9. Panik: Ursprünglich geht der Begriff Panik auf den antiken Satyr und Hirten-Gott Pan zurück, der den Schrecken mit einer bestimmten Tageszeit verband. Im brütend heißen Mittag, in dem tödliche Stille herrscht, brüllt Pan der Sage nach aus mir heute unerfindlichen Gründen plötzlich los und verjagt so die Schafsherden, die flugs panisch davonlaufen. Nietzsche greift das Motiv in seinem Roman »Zarathustra« auf – in einer Erweiterung: Für ihn trägt schon die Stille und die glühende Mittagszeit den Urkern der Panik in sich: Alles zerbröselt, zerlichtet, verdorrt, brennt aus, erstarrt. – Haben wir noch irgendetwas mit dieser Metaphorik aus der Antike zu schaffen? Löst schon die Stille und Unfassbarkeit des Virus in uns Panik aus? Oder ist Panik Folge eines medialen Lärms, der uns blind davon rennen lässt?

10. Und noch eine existentiale Befindlicheit in Corona-Zeiten: Die Angst. Auch sie nährt sich aus einer Undeutlichkeit, die hier ausgerechnet aus einer Faktenvielfalt entsteht. Angst kommt auf und besagt hier: Alles, was ist, gerinnt zum bedrohlichen Zeichen wie die schrillen Beschwörungen ja bestätigen. Trifft hierauf zu, was Heidegger »die sich ängstigende Angst« genannt hat: der zwanghafte Versuch, die primäre existentiale Angst, dieses Hineingehaltensein ins Nichts, einzudämmen; diesmal im Bemühen um die Abflachung der Infektionskurve.

11. Das wohl eindruckvollste Bild: Die durchsichtige Wand in den Altenheimen, die Ekelin und Großvater voneinander trennt. Es ist die Erfahrung eines lautlosen Verschwindens ohne Abschied, die den Betroffenen – paradoxerweise aus guten Gründen und aus der Logik der abstrakten Selbsterhaltung (Adorno) – aufgezwungen wird? Zuletzt fehlt selbst dem Wieder-Genesenen ein mit anderen Menschen zu teilendes Gefühl des Erleichtertseins. Vieles, allzu Vieles, erinnert in diesem existentiellen Vabanquespiel namens Pandemie an die Atemlosigkeit, mit der die Moderne seit ihren Anfängen das Schicksal der Endlichkeit des Menschen in den Griff zu bekommen sucht; letztlich dabei in Vagheit endend, in einem Wirrwarr, einem Hin und Her der Gefühle.

12. Michel Foucault einst über unser Schicksal bei der Wahrheitsfindung: »Es ist immer möglich, dass man im Raum eines wilden Außen (jenseits des Mediensystems) die Wahrheit sagt; aber im Wahren ist man nur, wenn man den Regeln einer diskursiven ›Polizei‹ gehorcht.« Der Furor (auch Sprengsatz), der in diesen Sätzen steckt, verweist auf eine Zeit, als eine breite Kulturelite, mitgetragen von Studenten, Assistenten und Lifestyle-Playern, diese Überzeugung Foucaults teilte, ohne, dass die Mainstream-Kultur damals an einer derartigen Radikalität Anstoß nahm. Oder gelang diese extreme Einsicht ohnehin nur als Satyr-Spiel auf der postmodernen Klaviatur des »Anything goes«? Lange her dies alles – und doch sollten sich Intellektuelle daran erinnern.

13. Überhaupt das Verhalten der Intellektuellen in diesen Zeiten: Es war Georg Lukács, der vor hundert Jahren seine Generation von Intellektuellen als eine freischwebende und für Einflüsterungen der Macht anfällige Gruppe ansah; und Walter Benjamin riet Jahre später Intellektuellen dazu, erst einmal ihre berufliche ökonomische Situation offenzulegen, bevor sie auf dem Markt der Meinungen auftreten. – Wo sind die Intellektuellen heute ?

14. Ein letztes Bild: Inmitten hunderttausender friedvoller Demonstranten in Berlin wird ein anderes Bild des Philosophenpapstes Jürgen Habermas in mir geweckt: In seiner Habilitationsschrift entwirft Habermas das Bild einer freien Bürgergesellschaft. Wann, wenn nicht in jenen Augusttagen 2020 in Berlin, hätten Sie, Herr Habermas, sinnliche Umsetzungen dieser Utopie erleben können?

Früher Altenpfleger, dann promovierter Philosoph: ***Werner Köhne****. ARTE-Filmemacher, u.a. »Nie wieder Krieg« zur Friedensbewegung. In Kürze erscheint sein Buch »Notationes ad memoriam mortis« im Passagen-Verlag, Wien.*

»Es werde Gesetz!«

Vorschläge für eine neue Wirtschaftsrahmengesetzgebung. EINE ZUSAMMENSTELLUNG *von Dr. Tamara Ganyaljan und Anselm Lenz*

Am 25. März 2020 ging die Demokratiebewegung *nichtohneuns.de* online. Von Beginn an war nicht nur die fadenscheinige Begründung für die schlimmsten Grundrechtsbeschränkungen und Verfassungsbrüche der Nachkriegsgeschichte Thema. Unter dem Stichwort »Es werde Gesetz!« rief die Bewegung dazu auf, Gesetzesvorschläge für eine neue Wirtschaftsrahmengesetzgebung einzureichen. Denn schon im März war bekannt, dass es sich bei den Maßnahmen zu »Corona« im Wesentlichen um ein wirtschaftspolitisch motiviertes Täuschungsprogramm handelt. Die Demokratiebewegung sammelte dagegen Tausende konkreter Vorschläge ein. KenFM und die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand veröffentlichen zunächst eine kleine Auswahl — vom guten Wunsch bis hin zum rechtswissenschaftlich ausgearbeiteten Vorschlag zum Thema einer Wirtschaftsrahmengesetzgebung. Der Tenor: Nein, wir überlassen das Recht über unsere Währung und unsere Wirtschaft nicht undemokratischen Lobbys des Großkapitals. Die Namen der Einreichenden werden im Folgenden auf die Vornamen beschränkt.

Karl Heinz schreibt: »Dieses alte System ist nicht reformierbar. Eine klare Alternative muss her. Ein System, welches jedem ein selbstbestimmtes Leben in Unabhängigkeit ermöglicht. Welches eine Balance herstellt zwischen Natur, Menschheit, Wirtschaft und Demokratie.«

Antje fordert: »Gemeinwohl stärken, Individualität schützen. Förderung von geistigem, moralisch-ethischem Wachstum statt materiellem Wachstum.«

Andreas meint: »Wir sollten das Heer der Wirtschaftslobbyisten dauerhaft aus dem Bundestag verbannen.«

Pascal erläutert: »Es wird ein Wirtschaftsparlament gegründet: Alle Unternehmen in Deutschland entsenden Vertreter, die eigenmächtig in allen Fragen entscheiden, wo inhaltliche Expertise von tüchtigen Menschen gefragt ist. Im Gegensatz zu jetzt, wo fähige Unternehmer den ganzen Tag schuften, um etwas zu erschaffen und dann plötzlich einige wenige große Unternehmen mit Lobbyisten Einfluss auf die Politik nehmen und sich die Gesetze und Verordnungen nach Gutdünken selbst erschaffen. Stattdessen sollten alle Unternehmen untereinander ausmachen, wie sie die Wirtschaftsfragen klären. Die verschiedenen Branchen entsenden Vertreter. Die Konsumenten/Verbraucher entsenden Vertreter. Das Wirtschaftsparlament organisiert Mittel und stellt sie zur Verfügung, sodass ein freies Kulturleben finanziert werden kann. Es dürfen keine inhaltlichen Vorgaben gemacht werden, aber es kann schon designiert werden, zum Beispiel für die Ausbildung von Ingenieuren. Das Wirtschaftsparlament ist nur an die vom Politikparlament beschlossenen Gesetze gebunden, die den Umgang von Gleichen unter Gleichen beschreiben, die also nicht auf Experteneinschätzungen oder Abwägungen beruhen.«

Daniel trägt bei: »Es werde Gesetz, dass Löhne und Gehälter gleichberechtigt, geschwisterlich und menschenwürdig gezahlt werden, damit keine diktatorische Klassenstruktur entstehen kann.«

Holger fordert: »Ein Recht auf ein Leben ohne Smartphone oder sonstiges Tracking. Bargeld in der Verfassung verankern.«

Peter Stephan meint: »Schrumpfgeld oder wenigstens ein Vollgeld-System anstreben.«

Frank führt aus: »An wem sollte man sich bei einer Wirtschaftsverfassung orientieren? Vernünftigerweise an erfolgreicheren Systemen, zum Beispiel einem System, das seit Jahrmillionen besteht, dem Wald: Die kleinsten Individuen werden geschützt, die größeren konkurrieren nach Kräften und die größten werden im Wachstum gebremst. Was bedeutet das für unsere Wirtschaft?

1. Wiederherstellung und Schutz des staatlichen Monopols auf Geldschöpfung durch Vollgeld. Wiederherstellung des Trennbankensystem. Zinserträge müssen am Ende dem Staatshaushalt zufließen.
2. Grundrecht auf Verwendung von Bargeld oder eine jederzeit verfügbare, keinesfalls aussetzbare und nicht nachverfolgbare digitale Währung für jeden Staatsbürger.
3. Jeder Staatsbürger erhält ein bedingungsloses Grundeinkommen, welches die Armutsgrenze nicht unterschreiten darf.
4. Über die Verwendung ihres Anteils am Staatshaushalt darf jeder Staatsbürger direkt bestimmen.
5. Das Steuersystem gewährleistet die gerechte Verteilung des nationalen Wohlstandes und gleicht Einkommens- sowie Vermögensunterschiede aus, um generationsübergreifend Teilhabe am Gemeinwesen in gleicher Weise zu ermöglichen. Ab einem zu definierenden Maximalbetrag ist zum Schutz des Gemeinwesens vor mächtigen Einzelakteuren eine vollständige Besteuerung vorzunehmen.
6. Das Steuersystem gewährleistet gesundes Wachstum — viele kleine konkurrierende Marktteilnehmer — und verhindert gefährliches Wachstum — also Too-Big-To-Fail-Unternehmen sowie Kartelle, Oligopole, Monopole.
7. Das Steuersystem verhindert schädliche Emissionen und bildet Rücklagen für Emissionsrisiken.
8. Weitere Steuern müssen zweckgebunden sein. Querfinanzierung ist verboten.
9. Nicht benötigte Steuermittel werden den Staatsbürgern zurückgezahlt.

Ergänzung: Kommunales, regionales und nationales Eigentum darf nur durch Abstimmung der Staatsbürger innerhalb der Kommune, Region oder Nation veräußert werden.«

Petra findet, dass »Hedgefonds komplett und mit sofortiger Wirkung abgesetzt und verboten werden. Erneute Milliarden-Unterstützung der Banken unterbinden.«

Erwin wünscht sich: „Staatliche Medizinforschung, die am Nutzen der Bevölkerung statt am Profit interessiert ist, und auch nicht manipulierte Ärzte aus- und Weiterbildung wird gewährleistet. Gleiches für die Bereiche Food und Agrar, insbesondere einen Codex Alimentarius, der nicht von den Interessen der Wirtschaft bestimmt ist.“

Antje schreibt: »Vergesellschaftung volkswirtschaftlich wichtiger Betriebe, wie Energiewirtschaft, Banken/Wertpapierdruck, Rüstungsproduktion — nur noch für eigene staatliche Verteidigung —, Nah- und Fernverkehr.«

Sebastian fordert: »Firmen müssen für ihre Niederlassungen in Deutschland Steuern zahlen – egal ob der Stammsitz im Ausland ist. Privatfirmen dürfen nicht auf Kosten des Steuerzahlers Hilfspakete erhalten, wenn der Staat keinen Einfluss auf diese Firmen erhält, zum Beispiel Lufthansa. Die Wirtschaft soll in einer liberalen, sozialen Marktwirtschaft gedeihen, statt in Planwirtschaft unterzugehen. Kein nichtstaatliches Unternehmen darf vom Staat bevorzugt werden.«

Pascal ist der Ansicht: »Der Besitz von Grund und Boden ist ein Widerspruch in sich. Grund und Boden dürfen nicht wie Waren verkauft werden, denn sie können nicht wie Waren verbraucht werden. Es müssten Wege gefunden werden, wie nicht der Staat die Grundstücke an die Menschen verteilt, sondern wie Gemeinschaften lokal entscheiden, welche Fläche welcher Nutzungsart zugesprochen wird. Als Übergang könnten alle Grundstücke in Deutschland in eine 70-jährige Erbpacht umgewandelt werden.«

Marie-Luise schreibt: »Jedes Produkt sollte auf seine Validität und Solidität geprüft und erst danach genehmigt werden. Es sollte internationale, unabhängige Prüfinstanzen geben, die eine nahe Zusammenarbeit mit den internationalen und nationalen Gerichten pflegen. Die Übernahme der vollen Verantwortung aller Beteiligten der Produktangebotsseite.«

Pascal fordert: »Sämtliche Importe werden mit einem Nachweis der Arbeitskraft versehen, die in das Produkt eingeflossen ist. Sollte einzelnen Mitarbeitern der ausländischen Firmen weniger als 3 EUR die Stunde gezahlt werden, so wird ein entsprechender Zoll auf das Produkt erhoben, dessen Einnahmen dem Differenzbetrag entsprechen und den Arbeitern zukommt.«

Kerstin schreibt: »Wenn es sich nicht vermeiden lässt – und ich nehme an, dass es einige Jünger geben wird für ein Planeten umspannendes System, das in Volldigitalisierung den Weg zur Cyborg- Realität ebnen will – dann finde ich wichtig, bereits jetzt auch gedanklich an diesem Plan, quasi als Alter Ego dieser Gesellschaft, mitzuarbeiten. Es muss einen Platz geben für Menschen, die natürlich, wenigstens naturnah leben möchten! Es muss verhandelt werden, wie es gelingen kann, dass es keine Verpflichtung gibt, sich dieser Marschrichtung und Kontrolle anzuschließen, sondern einen anderen Lebensentwurf zu realisieren. Es muss eine Möglichkeit geben für die, die kein neues Normal wollen, und sie dürfen für ihre Ablehnung eines Systems, das beispielsweise Impfungen als Heilmittel ins Zentrum allen Geschehens stellt, weder bestraft, noch ausgegrenzt, noch benachteiligt werden.«



Der fanatisch antidemokratischen Corona-Dikatatur kämpferisch entgegenstellen: Die Demokratische Gewerkschaft wurde am 2. August 2020 im Berliner Mauerpark gegründet. Hier eine Collage mit Bildern vom Tage von Jill Sandjaja / DW.

DIE DGB-GEWERKSCHAFTEN ALS USA-ABKLATSCH

ECHTE ARBEITERVERTRETUNG GEHT ANDERS
von Hermann Ploppa

»Das Bildungsbürgertum zu amerikanisieren war das Eine. Die Arbeiter und Angestellten auf Linie zu bringen ist das Andere.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten sich deutsche Hafenarbeiter geweigert, mit Waffen und Munition beladene Schiffe zu leeren. Doch renitente Arbeiter könnten den geplanten Krieg gegen die Sowjetunion empfindlich ins Stottern bringen. Und wenn diese Arbeiter auch noch von Moskau gesteuert sind und ganz punktuell alles zum Erliegen bringen, was gegen die Sowjets gerichtet ist, was soll dann aus dem geplanten Krieg werden?

Die Kontrolle über die Gewerkschaften Westdeutschlands war von buchstäblich kriegsentscheidender Bedeutung für die Amerikaner. Klar, der FDGB in der DDR war auch keine wirkliche Interessenvertretung der Arbeiter, sondern ein Instrument im Orchester der sowjetischen Macht. Folglich musste der DGB im Westen ebenso als geopolitisches Instrument unter die Kontrolle der USA gebracht werden.

BETRÜGER VOM DIENST: VIELE DER DGB-FUNKTIONÄRE HEUTE

In der Weimarer Republik hatte es den Dachverband ADGB gegeben. Keine sonderlich scharfe Waffe im Arbeitskampf. Am 1. Mai 1933 rief der ADGB zur Teilnahme an Adolf Hitlers ersten arbeitsfreien Tag der Arbeit auf. Hitler bedankte sich, indem er am 2. Mai 1933 die Gewerkschaftsführer in Konzentrationslager abführen ließ. Das Vermögen der Gewerkschaft ließ er der neuen Deutschen Arbeitsfront zuführen. Das war das schmachvolle Ende des ADGB.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ergab sich für die Strategen aus den USA, nach der gründlichen Ausrottung freier Gewerkschaften in Deutschland durch Hitler, die einmalige Gelegenheit, auf die leere deutsche Tafel die Gewerkschaften von Grund auf nach amerikanischem Vorbild neu aufzubauen. Nach amerikanischem Vorbild hieß: Die Gewerkschafter als »erste Offiziere der Industriekapitäne« zu definieren, wie es ein Mitstreiter von Präsident Theodore Roosevelt einmal so treffend zu formulieren wusste. Freie Gewerkschaften wie die *International Workers of the World (IWW)* wurden in den USA immer mit härtester Gewalt unterdrückt.

Stattdessen gründete die *National Civic Federation*, eine Organisation der mächtigsten Wirtschaftsgruppen der USA, mit *der American Federation of Labor (AFL)* eine eigene Pseudo-Gewerkschaft, deren erster Präsident auf Lebenszeit Samuel Gompers sich immer vorrangig Gedanken gemacht hat, wie er die Arbeiter am besten auf die Ziele der Kartelle, die ihn bezahlten, ausrichten konnte. Der AFL hatte sich noch eine etwas progressivere Pseudo-Gewerkschaft *Congress of Industrial Organizations (CIO)* für die ungelernten Arbeiter hinzugesellt, die der New Deal-Politik von Präsident Roosevelt nahe stand.

Beide wurden nach dem Zweiten Weltkrieg quasi als Entwicklungshelfer auf die deutschen Arbeiter losgelassen. AFL und CIO waren im Krieg tief verwickelt in die Kriegsanstrengungen der US-Regierung, unter anderem im *War Production Board*. Beide Gruppen waren schon personell verflochten mit dem *Labor Branch* des US-Geheimdienstes OSS. Und konsequenterweise waren beide auch in der CIA-Abteilung *Clandestine Service* (heimlicher Dienst) unter Leitung von Allen Dulles sehr aktiv.

Links zwo drei vier...

Doch zunächst galt es den 1945 gegründeten Weltgewerkschaftsbund zu spalten. Dort waren alle wichtigen Gewerkschaften, auch die CIO und die britische TUC, gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitervertretungen unter einem Dach organisiert gewesen. Die AFL-Leute gründeten mit dem Geld der amerikanischen Geheimdienste und des *Office of Policy Coordination* neue synthetische Spaltergewerkschaften: Die *Force Ouvrière* in Frankreich als Konkurrenz zur kommunistischen CGT. Oder in Italien die *Confederazione Italiana Sindicata Lavoratori (CISL)*.

Diese Stoßtruppen bewährten sich, um den Boykott der Rüstungstransporte in französischen und italienischen Häfen zu brechen. Als die antikommunistischen Gewerkschaften auf eigenen Füßen stehen konnten, gründeten die AFL-Funktionäre 1949 als nächstes einen neuen konkurrierenden Weltdachverband, die *International Confederation of Free Trade Unions (ICFTU)*, auf Deutsch: Internationaler Bund Freier Gewerkschaften.

Jetzt war die Zeit reif, um auch in Deutschland einen antikommunistischen gewerkschaftlichen Dachverband zu gründen: den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Die Befehlskette verlief jetzt von Allen Dulles vom CIA über den AFL-Exekutivsekretär Jay Lovestone zum AFL-Europachef Irving Joseph Brown, weiter zum AFL-Deutschlandsekretär Henry Rutz, ein gebürtiger Deutscher, der in die USA emigriert war, und der jetzt aufgrund seiner deutschen Sprachkenntnisse auch bei DGB-Massenkundgebungen auftrat.

Am deutschen Ende dieser transatlantischen Befehlskette befand sich der DGB-Vorsitzende Hans Böckler. Ihre ersten Pluspunkte konnten die amerikanischen Freunde von der AFL verbuchen, als sie erfolgreich Fabrikdemontagen in Deutschland durch Fürsprache bei der US-Regierung verhindern konnten. Auch die Geldspritzen aus Übersee waren nicht unwillkommen: »Sowohl AFL als auch CIO hatten Kontakt zur CIA und verteilten Gelder, die aus dem immensen Budget stammten, an gewerkschaftliche Organisationen und Parteien des Westens.«

Nunmehr hatte die amerikanische Regierung die westdeutsche Arbeiterschaft beinahe vollständig unter Kontrolle. Vom DGB-Vorstand bis zum Vertrauensmann in der Fabrik ergibt sich hier eine lückenlose Kontrolle und Überwachung der Arbeiter: »Es ging darum, *pro-western people* in gewerkschaftliche Schlüsselpositionen zu bringen, und dort zu sichern und zugleich detaillierte Analysen der Gewerkschaften und der politischen Entwicklung in den europäischen Ländern zu erhalten.«

Folglich wurden schon wenige Jahre nach der Gründung des DGB alle Kommunisten aus der Organisation entfernt. Der Gehorsam der deutschen Gewerkschafter gegenüber ihren Sponsoren aus Übersee hielt lange Jahre an. Erst Ende der 1960er Jahre wagte der damalige DGB-Chef Ludwig Rosenberg, dem vom AFL-Vorsitzenden George Meany verhängten Gesprächsverbot gegen Kommunisten zu widersprechen – woraufhin Meany seine AFL aus dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften abzog.

Jedoch gehört es nach wie vor zu den ungeschriebenen Gesetzen, dass immer deutsche Gewerkschaftsvertreter zu Gast sind in den elitären Tafeln der Bilderberger und der *Trilateral Commission*. In letzterer ist traditionell der jeweilige Chef der Chemiearbeitergewerkschaft vertreten. Die Formel von der »Sozialpartnerschaft« ist ein direktes Ergebnis dieser amerikanischen Beeinflussung des DGB. Die Einheitsgewerkschaft genoss lange Jahre ein hohes Ansehen in der Bevölkerung, weil sie die betriebliche Mitbestimmung und relativ hohe Löhne durchgesetzt hatte. Das Preis-Leistungsverhältnis in diesem einseitigen Abhängigkeitsverhältnis stimmte zunächst...

Auszug aus dem Buch Hermann Ploppa: Der Griff nach Eurasien – Die Hintergründe des ewigen Krieges gegen Russland. Marburg 2019.

GRUPPE BASISDEMOKRATIE

BEISPIEL *von Tom Turner & Kollegium*

Ein paar Konzepte, die zu konkreten Handlungen führen können:

1. Abschaffung der Maskenpflicht, vor allem für Kinder; Bußgeld 50-500 zeigt das Ausmaß der Zwangsbestimmung/Übergriffe seitens der Regierenden. Programmierung von Erwachsenen und Kindern auf dauerhafte Nutzung muss aufhören. Der Begriff »neue Normalität« ist eine Kampfansage gegen die gesamte Gesellschaft.
2. Verhindern des Impfpasses und der Impfpflicht – der Sars-CoV2-Impfstoff aus Oxford, von dem die EU schon 400 Mio. Dosen vorbestellt hat, löst in den klinischen Testphasen bei 70% der Probanden (!) schwere Nebenwirkungen aus.
3. Aufhebung des erweiterten Infektionsschutzgesetzes, Beenden des Pandemiestatus; die Abwegigkeit der Behauptungen Drosten/Robert-Koch-Institut ist mittlerweile hinreichend bewiesen.
4. Kinder sollten wieder in ihren normalen Alltag finden dürfen, ohne Abstand, verbotene Nähe, Maskenpflicht und andere Zwänge. Die psychischen und physischen Störungen sind jetzt schon unabwendbar und unverantwortlich, zumal jede Diskussion oder gar Infragestellung der Maskenpflicht in den Schulen Tabu und meist mit schwerwiegender Ausgrenzung geahndet wird.
5. Alte Menschen brauchen ihre Familien und Zugewandtheit. Aufhebung der Maßnahmen in Pflegeeinrichtungen und Altersheimen. Sinnvolle Abstandsregelungen, Besuchserlaubnis, Masken nur mit Einverständnis der Betroffenen. Die Einsamkeit der alten Menschen fordert unverhältnismäßig viele Tote und großes menschliches Leid.
6. Bestandsaufnahme zu langfristigen Schäden für Mensch und kleine wie mittlere Wirtschaft. Die Folgen sind bereits sichtbar, Massenarbeitslosigkeit wird noch mit Kurzarbeit kaschiert, Unternehmenspleiten werden durch staatlich verordnete Insolvenzverschleppung verschleiert, was die ohnehin schon katastrophalen Auswirkungen der Corona-Maßnahmen für die Volkswirtschaft noch weiter verschlimmert.
7. Analyse zu physischen und psychischen Folgen und Schäden durch die Regierungsmaßnahmen – keine OPs, Kurzarbeit, Masken, Kinder, Alte, sozial geprägte mittlerweile programmierte Distanz zu anderen Menschen, Verarmung... Das verantwortungslose und unmenschliche Handeln der Politik hat schon jetzt tiefgreifende gesellschaftliche Folgen, sowohl im materiellen als auch im sozialen Befindlichkeiten und in der Gesundheit der Menschen.
8. Aufarbeitung der Schäden, die durch das Infektionsschutzgesetz, die Aushebelung des Grundgesetzes und der Bürgerrechte für die Gesellschaft und die Menschen entstanden sind.
9. Aufklärung polizeilicher Gewalt, Aufklärung über Verleumdung Andersdenkender. Empfehlung zu Strafanzeigen gegen die Polizeigewalt. Sammeln von Erfahrungsberichten, Rechtsständen, Unterstützung für Betroffene, Auflistung helfender Stellen, Krisentelefon.



10. Aufhebung der Immunität Regierender.
11. Volksentscheide.
12. Öffnung kultureller Einrichtungen. Das kulturelle Leben! Sofort!
13. Koordination mit anderen Gruppen, Menschen begegnen Menschen, gegenseitige Hilfe, Organisation von Boykotten gegen globale Finanz-, Digital- und Pharmakonzerne, die die Regierungen weltweit über die Verschuldungsfalle im Würgegriff halten; möglicherweise Aufbau eigener Geldsysteme, die uns allein vor der drohende Hyperinflation und Totalenteignung bewahren können. Nur gemeinsam haben wir Handlungsmacht und nur gemeinsam können wir etwas eigenes aufbauen. – Diese DG-Gruppe ist erreichbar via maskenlos@posteo.de

NEUES AKKUMULATIONSMODELLL – TEIL 2 VON 3

VERHALTEN UND KÖRPER IM VISIER DES KAPITALS

Exklusiver Vorabdruck im *DW*: »Lockdown 2020. Wie ein Virus dazu benutzt wird, die Gesellschaft zu verändern.« ***Von Hannes Hofbauer und Andrea Komlosy***

GESCHÄFTSFELDER GENETISCHE MODELLIERUNG UND KÜNSTLICHE IMMUNISIERUNG

Der menschliche Körper bietet in mehrfacher Hinsicht einen verwertbaren Rohstoff im kybernetischen Zeitalter.

Biotechnik und digitale Assistenz im Alltag machen ihn steuer- und optimierbar. Die Optimierung seiner Funktionen kann dabei in vielen Bereichen des Gesundheitswesens, der Fitness und der Ästhetik Platz greifen. Sie setzt sich mit der digitalen Steuerung der Wohnung im Smart Home und der Mobilität in der Smart City fort. Dazu versprechen Möglichkeiten einer genetischen Modellierung vollkommen neue Lebensplanungen von der Reproduktion über den Umgang mit Krankheit und Behinderung bis zur Blockierung von Alterungsprozessen, die allesamt zu verkaufbaren Waren werden. Die Corona-Krise bietet dafür unter dem Deckmantel der medizinischen Notwendigkeit einen hervorragenden Einstieg.

Die menschliche Gesundheit bzw. Krankheit ist eines der zukünftig vielversprechendsten Einfallstore im Sinne neuer Kapitalverwertung. Ein wesentlicher Baustein dafür ist die künstliche Immunisierung, über die seit dem staatlich geschürten Ausbruch der Corona-Panik jede Nachrichtensendung berichtet. Der 12. April 2020 war in dieser Hinsicht für das deutschsprachige Publikum ein ebenso wegweisender wie verstörender Moment. Ausgerechnet am Ostersonntag, an dem die weströmische Christenheit der Auferstehung von Gottes Sohn gedenkt, räumte die reichweitenstärkste deutsche Nachrichtensendung im Rahmen der ARD-Tagesschau einem neuen Heilsbringer zehn Minuten für seine Botschaft ein. Wohl nicht zufällig an diesem Tag der Auferstehung Jesu Christi verkündete der Vorsitzende der weltweit kapitalkräftigsten Stiftung, Bill Gates, hoffnungsfroh ein neues Licht in dunkler Zeit, den Impfstoff gegen Sars-CoV-2. »Wir werden den zu entwickelnden Impfstoff letztendlich sieben Milliarden Menschen verabreichen«, verspricht er über den Interviewer, der wie ein Ministrant wirkt, dem im Lockdown befindlichen Publikum. Sein einziges Asset, das ihn zu einer solchen, vom Staatsfernsehen verbreiteten Autorität verhilft, ist die Menge an Kapital, über die er verfügt; medizinische, politische oder soziale Kenntnisse wären nicht ausreichend, damit ihn die ARD-Chefredaktion in die ostersonntägliche Hauptabendsendung eingeladen hätte. Sein obszön großes Vermögen von geschätzten 110 Mrd. US-Dollar übertrifft die Jahresbudgets einer ganzen Reihe von EU-Staaten wie Polen, Portugal, Griechenland, Tschechien, Ungarn, Rumänien oder Irland. Einen Teil davon widmet er – zusammen mit seiner Frau Melinda, seinem Sohn William und dem Börsianer Warren Buffett – im Rahmen seiner Stiftung der Optimierung des menschlichen Körpers. Weltweit durchgeführte Test- und Impfprogramme bilden dafür die Basis. Voraussetzung für den Erfolg dieser Bemühungen ist der Verlust natürlicher Abwehrkräfte, wie er in den vergangenen Jahrzehnten beobachtet werden konnte. Dazu haben die zunehmende Sterilisierung im Alltag ebenso beigetragen wie die allgemeine Schwächung menschlicher Widerstandskraft durch Luft- und Lichtverschmutzung, Feinstaub, Angst und Stress.

Zur Durchsetzung von globalen Test- und Impfprogrammen haben Gates & Co. ein Netz aus Gesundheitsorganisationen, Politik und Medien geflochten, das nun seiner ökonomischen Realisierung harrt. Ob Gates selbst davon profitiert oder sein Einsatz philanthropischer, also menschenfreundlicher Natur ist, wie immer wieder behauptet, ist dabei zweitrangig. Seine Kapitalbeteiligungen an Pharmariesen wie Merck, Novartis und Pfizer werden ihn für sein Engagement belohnen. Die Tür ist jedenfalls aufgestoßen für ein weites Feld an Verdienstmöglichkeiten am menschlichen Körper.

Der Gründer und Mastermind des Davoser Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, der über die Exklusivität der jährlich stattfindenden Elitenveranstaltungen wacht, wies bereits anlässlich des Treffens im Jahre 2016 darauf hin, dass das zukünftige Merkmal der kapitalistischen Verwertung nicht mehr in erster Linie die Veräußerung und Aneignung der menschlichen Arbeitskraft ausmacht, sondern den Menschen an sich: »Eines der wesentlichen Charakteristika der vierten industriellen Revolution ist, dass sie nicht mehr verändert, was wir machen und erarbeiten, sondern dass sie uns selbst verändert.«

NEUE LEITSEKTOREN DES MANBRIC-KOMPLEXES

In einem zukünftig kybernetischen Zeitalter sind Technologien vorherrschend, die Anpassungsfähigkeit, Selbststeuerung, Rückkoppelung, Kontrollierbarkeit, Miniaturisierung sowie individuellen und situativen Ressourcen- und Energieeinsatz gewährleisten. Der Mensch wird durch Automaten, Roboter und Künstliche Intelligenz, die die Maschinen miteinander koordiniert, zunehmend aus den Kernbereichen der materiellen Produktion sowie der Dienstleistungen verdrängt. Er kommt einerseits im »Interface« mit den Maschinen als hoch qualifizierter Techniker und in der Planung der Arrangements zum Einsatz, andererseits als unqualifizierte, prekäre Arbeitskraft in Bereichen, in denen die Maschine nicht einsetzbar ist. So wird die Unkalkulierbarkeit des Produktionsfaktors Mensch, der seine physische Verletzlichkeit gegenüber dem Virus gerade offenbarte, durch den Ausbau von Künstlicher Intelligenz kompensiert.

Die russische Forschergruppe um Leonid und Anton Grinin sowie Andrej Korotajev vom »Eurasischen Zentrum für Globalgeschichte und Systemprognosen« arbeitet bereits seit längerem an konkreten Methoden, um auf der Basis historischer Veränderungen Schlussfolgerungen für Zukunftsszenarien zu entwickeln. Grinin und Korotajev sprechen in diesem Zusammenhang vom MANBRIC-Komplex, dem sie Medizin, additive Fertigung, Nanotechnik, Biotechnik, Robotik, Information und kognitive Bereiche zuordnen. Die Abkürzung umschreibt die wichtigsten Zukunftsbranchen im kybernetischen Zeitalter, die nicht nur neue Produkte (wie beispielsweise künstliche Körperteile, Test- und Impfstoffe sowie Steuerungs- und Überwachungsgeräte) hervorbringen, sondern auch eine neue Nachfrage nach persönlicher Optimierung schaffen. Damit sind die Leitsektoren für das neue kybernetische Zeitalter benannt, die gleichsam als Trägerraketen des Übergangs fungieren. Sie weisen gleichzeitig den Weg aus der zyklischen Krise der Kapitalverwertung, die durch den Lockdown zugespitzt wurde.

Pharmariesen wie die Schweizer Konzerne Novartis und Roche oder das französische Unternehmen Sanofi verbuchten im 1. Quartal 2020 dem damals allgegenwärtigen Corona-Hype geschuldete Rekordgewinne. Novartis wies in seinem Geschäftsbericht ein Gewinnplus von 24 Prozent oder 2,17 Milliarden US-Dollar aus. Der weltgrößte Arzneimittelhersteller Roche schaffte immerhin ein Umsatzplus von 7 Prozent. Und der französische Pharmariese Sanofi machte zwischen Januar und März 2020 um 48 Prozent mehr Gewinn als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. 30 Prozent plus waren es für den britischen Konzern AstraZeneca; auch Amgen und Eli Lilly (USA) sowie Bayer (Deutschland) konnten Umsatz und Gewinn markant steigern. Weitere Höhenflüge wurden im Online-Handel, im Datenmanagement, bei Programmen für E-Learning, Videokonferenzen und digitale Kommunikation erzielt, die auf Daten der UserInnen beruhen und mit deren Vermarktung bei Produktentwicklung und Werbung neue Geschäftsfelder eröffnen.

Teil 1 erschien in DW N°19. Teil 3 erscheint in DW N°21.

Hannes Hofbauer ist Verleger, Journalist und Autor. Andrea Komlosy ist Historikerin und Publizistin in Wien.

»Lockdown 2020. Wie ein Virus dazu benutzt wird, die Gesellschaft zu verändern«, herausgegeben von Hannes Hofbauer und Stefan Kraft im Promedia Verlag Wien, erscheint Anfang Oktober.



Das Buch mit der ISBN 978-3-85371-473-7 sowie das E-Book mit der ISBN 978-3-85371-881-0 können ab sofort im lokalen Buchhandel vorbestellt werden.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer liberalen Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Sommer der Demokratie.
ab 02. – 04. OKTOBER 2020
Aufklärung, Wahlen, Republik.

Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) — Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 20. Ausgabe ab Samstag, 19. September 2020. Redaktionsschluss war am 17. September, 7:30 Uhr. Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Spendenfinanzierte Vereinszeitung der Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Vereinsspende« an A. Lenz, Vorstand K.D.W., **IBAN DE51 1001 1001 2625 2368 69.**

Redaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Batseba N'Diaye, Tamara Ganjalyan, Jill Sandjaja, Sophie-Maria Antonulas, Ute Feuerstacke, Louise Lenz, Wolfgang Spraul, Hermann Ploppa, Johnny Rottweil, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Samuel Gfrörer, Doro Neidel, Dirk Pohlmann, Ullrich Mies, Alexander Richter, Nathan Gray. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotographie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.